

Landesregierung muss Interessen der VW Beschäftigten im Aufsichtsrat schützen

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat heute einen Antrag eingebracht, der die Vertreter des Landes Niedersachsen im Aufsichtsrat von Volkswagen anweist, einem möglichen Antrag auf Auflösung des „Ausschusses für besondere Geschäftsbeziehungen“ abzuweisen.

Vor wenigen Wochen hat der Aufsichtsrat der Volkswagen AG einen Ausschuss für besondere Geschäftsbeziehungen ins Leben gerufen. In diesem Ausschuss muss sich Porsche jeden Zugriff auf Technologien und Nutzung anderer Konzernressourcen im Vorfeld genehmigen lassen. „Dieses Gremium kann verhindern, dass Porsche auf die Produktpalette des VW-Konzerns, etwa auf bestimmte Modelle, Einfluss nehmen kann oder Zugriff auf die Technologie des VW-Konzerns erhält. Deshalb muss dieser Ausschuss unbedingt erhalten werden. Er sichert Arbeitsplätze im Volkswagenkonzern“, so Schneck. Nach Pressemitteilungen plant Porsche einen Antrag in den Aufsichtsrat einzubringen, diesen Ausschuss wieder aufzulösen. Dieser Antrag kann abgelehnt werden, wenn Arbeitnehmervertreter und Landesvertreter gemeinsam dagegen stimmen. „Anders als bei der ersten Abstimmung über diesen Ausschuss, muss die Landesregierung dieses mal deutlich an der Seite der Beschäftigten stehen“, so Schneck.

Es stehen noch weitere Entscheidungen im Aufsichtsrat an, die Porsche Automobil Holding SE hat angekündigt ihren Anteil von Volkswagen im nächsten Jahr auf 75 Prozent aufzustocken und anschließend einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit Volkswagen zu schließen. Nach den Vorschriften der Volkswagensatzung und des angepassten VW-Gesetzes, das heute im Deutschen Bundestag beschlossen werden soll, muss es dafür allerdings auf der Hauptversammlung eine Zustimmung von 80 Prozent geben. Da das Land Niedersachsen aber über 20,1 Prozent der Stimmanteile verfügt, kann das Land auch dies verhindern. „Auch hier steht die Landesregierung in der Pflicht, für die Interessen der VW-Beschäftigten zu stimmen“, so Schneck. Dazu wird heute im Niedersächsischen Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion das Verhalten der Landesregierung im Aufsichtsrat diskutiert, dabei werden Wulff und Hirche dazu aufgefordert, die Eigenständigkeit Volkswagens zu erhalten.

Dies ist ein historischer Tag für Volkswagen und seine besondere Stellung in der deutschen Wirtschaftslandschaft. Mit den parallel stattfindenden Entscheidungen im Bundestag und Landtag können heute die wichtigen Weichen dafür gestellt werden, dass Volkswagen auch zukünftig seine Bedeutung für Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Erfolg in Niedersachsen erhalten kann. „Es reicht eben nicht, bei feierlichen Empfängen der Stadt Wolfsburg zur Eigenständigkeit von VW Lippenbekenntnisse abzugeben und sich im konkreten Handeln im Aufsichtsrat dann anders zu verhalten. Niedersachsen muss gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern für den Erhalt des Kontrollausschusses stimmen“, so Schneck.